



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kriminalpräventive Initiative zur Bekämpfung der Messerkriminalität

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag steht für eine evidenzbasierte Innenpolitik. Neben repressiven Maßnahmen sollen die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, der Gewaltkriminalität mit präventiven Ansätzen zu begegnen, welche die verschiedenen Ebenen bei der Entstehung dieses Phänomenbereiches in den Blick nimmt.

Wir bitten die Landesregierung, eine Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik zu Gewaltdelikten unter Verwendung des Tatmittels Messer mit dem Bezug zu Tatörtlichkeiten, Tatzeiten und der Tatverdächtigenstruktur vorzulegen.

Anhand dieser Analyse soll durch geeignete Akteure, wie die kriminologische Forschungsstelle des LKA und den Landespräventionsrat der sich ergebende Anpassungs- und ggf. Erweiterungsbedarf für bestehende oder neue Gewaltpräventionsprogramme für die polizeilichen Präventionsstellen entwickelt und in die Umsetzung gebracht werden. Das gilt auch für die Erfahrungen mit bestehenden Gewaltpräventionsprogrammen anderer Länder, insbesondere anderer Polizeibehörden.

Bei der Umsetzung und Begleitung der Gewaltpräventionsprogramme sollen örtliche Gewaltschwerpunkte vorrangig in den Blick genommen werden.

Ein wesentlicher Aspekt der Konzeptionierung soll die Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung der identifizierten Präventionsschwerpunkte sein.

Darüber hinaus soll für Präventionsangebote speziell für Jugendliche und Heranwachsende, die bereits im Kontext von Gewaltkriminalität mit Messern strafrechtlich auffällig geworden sind, stärker geworben werden, um im Jugendstrafverfahren entsprechende Weisungen zur Teilnahme verstärkt zu

ermöglichen. In Fällen der Messerkriminalität soll stets die Möglichkeit eines vorrangigen Jugendverfahrens geprüft werden.

Zudem sollen vor Ort bewährte Organisationsstrukturen in Polizei und Justiz im Rahmen der Führungskräfte- und Behördenleitungsaustausche thematisiert werden.

Begründung:

Nicht erst mit der Veröffentlichung der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik ist der Anstieg der Messergewalt ein vorherrschendes Thema im gesellschaftlichen und medialen Diskurs. Auch im Kontext der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Gewalt erscheint es geboten, hier einen Schwerpunkt der polizeilichen Präventionsarbeit zu setzen.

Auf Grundlage einer Sonderdatenauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik wird es möglich sein, Schwerpunkte von Tatörtlichkeiten, Tätergruppen und Präventionsschwerpunkte für die polizeilichen Präventionsstellen und zivilen Akteure zu identifizieren und mit wissenschaftlicher Begleitung der kriminologischen Forschungsstelle des LKA unter Einbindung z.B. von Einrichtungen der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, von Sportvereinen und Unterbringungseinrichtungen des Landes und der Kommunen eine Präventionskonzeption zu erstellen und umzusetzen, die vor allem Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene anspricht.

**Jan Kürschner
und Fraktion**

**Birte Glißmann
und Fraktion**